

SPÜRBARE AUSWIRKUNGEN DER CORONA-KRISE**Nicht an den falschen Stellen sparen!****Liebe Genossinnen und Genossen,**

die Auswirkungen der Corona-Krise zeigen sich in unterschiedlicher Art und Weise und betreffen uns alle. Ich persönlich begrüße die behutsame und schrittweise Lockerung und Öffnung der verschiedenen Bereiche, obwohl allen weiterhin klar sein muss, dass diese Krise noch lange nicht ausgestanden ist und wir weiterhin alle vorsichtig sein müssen.

Der Unterbezirksvorstand hat sich in den vergangenen Wochen mit der Lage der Gastronomie, den Solo-Selbständigen und Eltern auseinandergesetzt und sich mit mehreren betroffenen Personen getroffen. Nach mehreren Gesprächen haben wir dazu zwei Pressemitteilungen geschrieben und konnten dadurch unsere Position klar machen.

Auch auf finanzieller Ebene machen sich die Auswirkungen der Corona-Krise langsam

aber sicher auch beim städtischen Haushalt bemerkbar. Mit unserer Stadtratsfraktion werden wir uns dennoch weiterhin dafür einsetzen, dass nicht an den falschen Stellen gespart wird. Wir werden uns beispielsweise weiterhin für die beitragsfreie Kita und die bevorstehende Gründung der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft einsetzen.

Eine sehr positive Nachricht hat uns zudem in den letzten Tagen erreicht. Hubertus Heil hat sein Konzept für ein „Arbeitsschutzprogramm für die Fleischwirtschaft“ eingebracht. In der industriellen Fleischindustrie werden endlich Werkverträge verboten, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen künftig direkt angestellt werden und es sollen verbindliche Mindeststandards bei der Unterbringung eingeführt werden. Diese Entscheidung beweist eindeutig, dass Selbstverpflichtungen in der Wirtschaft

eben oft nicht funktionieren und es einen starken Staat benötigt, der die Interessen der Beschäftigten in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften schützt und verbessert.

Danke Hubertus, das ist die SPD, die ich mir wünsche, und so werden wir auch wieder mehr Menschen von uns überzeugen können.



Manuel Gava

SOLIDARISCHE GRÜSSE
MANUEL

„ES BRAUCHT EINE FAIRE UND GERECHTE BEHANDLUNG ALLER GASTRONOMISCHER BETRIEBE!“**Osnabrücker SPD begrüßt die Wiedereröffnung der Gastronomie**

„Die Osnabrücker SPD begrüßt die behutsame Wiedereröffnung der gastronomischen Betriebe in Niedersachsen. Es braucht

jedoch eine faire und gerechte Behandlung aller gastronomischen Betriebe. Nicht die Art des Betriebes sollte ausschlagend sein, sondern die Frage, ob die Abstands- und Hygienemaßnahmen eingehalten werden können“, so Manuel Gava, Vorsitzender der SPD Osnabrück.

Vor Ort konnten wir uns im gemeinsamen Gespräch einen Eindruck über die anspruchsvollen Anforderungen der niedersächsischen Verordnung zur Bekämpfung der Corona-Pandemie machen. Wir möchten uns im Namen der SPD Osnabrück bei allen Gastronominnen und Gastronomen in unserer Stadt für ihre akribische Vorbereitung und gute Umsetzung bedanken und wünschen ihnen einen guten Start!

Die Gastronomie ist nicht nur ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, in dem viele Men-

sehen in unserer Stadt arbeiten. Sie steht auch für Lebensqualität und spielt eine besonders wichtige Rolle für die Attraktivität unserer Stadt. Umso wichtiger ist es, dass die versprochenen finanziellen Soforthilfen nun zügig bearbeitet und ausgezahlt werden, da noch immer viele Betriebe in dieser kritischen persönlichen und wirtschaftlichen Zeit in Ungewissheit ausharren müssen. Des

Weiteren sollte dringend geprüft werden, ob die strikte Bindung der Soforthilfen an die Betriebskosten gelockert werden kann.

Wir fordern die Landesregierung ebenfalls zu einer erneuten Überprüfung der Verordnung hinsichtlich Bars und Kneipen auf. Es muss geprüft werden, ob unter den vorgegebenen Hygienemaßnahmen auch Bars und Kneipen, die keine eigene Küche, aber eine Bestuhlung haben, wieder öffnen dürfen. Für viele Osnabrückerinnen und Osnabrücker sind unsere Kneipen ein Ort der Begegnung und des Miteinanders. Wir

sehen, wie kompetent unsere Osnabrücker Gastronomie die Hygienemaßnahmen in individuellen Konzepten umsetzt. Das gleiche Vertrauen sollte auch anderen gastronomischen Betrieben entgegengebracht werden.



Unter Einhaltung der Corona-Auflagen ist die behutsame Wiedereröffnung der Gastronomie außen wie innen nun wieder möglich.

Redaktionsschluss

Wie gewohnt wird im Juli eine **Doppelausgabe der Freien Presse für die Monate Juli und August** erscheinen. Der Redaktionsschluss dafür ist **Samstag, der 20. Juni 2020**. Bitte schickt bis dahin alle Termine, Berichte und Ankündigungen ein, die veröffentlicht werden sollen. Für Anregungen und Wünsche erreicht Ihr die Redaktion unter:

freiepresse.os@gmail.com

Impressum

V.i.S.d.P.: SPD-Unterbezirk Osnabrück-Stadt (Vorsitzender: Manuel Gava), Lengericher Landstr. 19 b, 49078 Osnabrück; **SEITE 4** ist eine Anzeige der OS-SPD-Ratsfraktion. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.



ETABLIERTE STANDARDS SCHÜTZEN UND AN DIE NEUEN HERAUSFORDERUNGEN ANPASSEN**Arbeitsschutz und Mitbestimmung in der Arbeitswelt 4.0****Liebe Genossinnen und Genossen,**

die Arbeitswelt befindet sich durch den zunehmenden Einfluss der Digitalisierung und der globalen Vernetzung in einem fortschreitenden Wandel. Die Bedürfnisse an den Arbeitsplatz ändern sich, Arbeitszeiten flexibilisieren sich, Arbeit aus dem Homeoffice nimmt zu – nicht nur während der aktuellen Corona-Pandemie, sondern auch generell. Die Arbeitswelt 4.0 bietet Chancen und Risiken gleichermaßen: Einerseits führt sie zu einer Arbeitsverdichtung und zu einer räumlichen und zeitlichen Entgrenzung von Arbeit, andererseits bergen die technischen Fortschritte z. B. auch Chancen für eine körperliche Entlastung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Um diesem Wandel in der Arbeitswelt gerecht zu werden, muss das Betriebsverfassungsgesetz novelliert und an die aktuellen Bedürfnisse der Arbeitnehmerinnen und

Arbeitnehmer angepasst werden. Damit befasst sich ein Entschließungsantrag der SPD-Landtagsfraktion, der aktuell ins weitere Verfahren geht. Dieser hat zum Ziel, dass sich die Landesregierung im Rahmen einer Bundesratsinitiative dafür einsetzt, etablierte Standards in Hinblick auf Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit zu schützen und diese gleichzeitig an die neuen Bedingungen anzupassen.

Zentrale Forderungen sind,

- dass der gesetzliche Betriebsbegriff an die sich ändernden Rahmenbedingungen der Erbringung von mobiler und digitalisierter Arbeit angepasst wird,
- dass die Vertretungsbefugnis der Betriebsräte auf Beschäftigte auszuweiten ist, die im Rahmen von Dienst- oder Werkverträgen nur für einen Auftraggeber tätig sind (sog. Werkvertragsarbeitnehmer, aber auch Crowdworker sowie Clickworker in Online-Plattformen),
- und dass eine gesetzliche Regelung zur Beschränkung der Arbeitsmöglichkeit und der Erreichbarkeit insbesondere durch ein

Recht auf Nichterreichbarkeit aufzunehmen ist.

Weitere Forderungen umfassen z. B. spezifische Regelungen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz beim Telerworking und das Recht auf Weiterbildung von Betriebsräten. Der Antrag umfasst also wichtige Kernthemen unserer sozialdemokratischen Arbeit. Die SPD-Forderungen haben wir dabei klar umrissen. Nun liegt es an unserem Koalitionspartner, dass der Antrag zügig seinen Weg aufs parlamentarische Parkett findet.

VIELE GRÜSSE
FRANK HENNING

FÜR STARKE ARBEITNEHMER*INNENRECHTE IN DER FLEISCHINDUSTRIE!**Novelle des Arbeitsschutzgesetzes****Liebe Genossinnen und Genossen,**

In der Fleischwirtschaft werden vollständige Produktionsprozesse von ausländischen Arbeitnehmer*innen betrieben, die sich nur temporär in Deutschland aufhalten, kaum unsere Sprache können und keine Möglichkeit haben, selber auf dem freien Wohnungsmarkt eine Wohnung zu finden. Sie spielen also nicht nur eine existenzsichernde Rolle für einen wichtigen Wirtschaftszweig, sie haben auch ein besonderes Schutzbedürfnis. Stattdessen sind sie jedoch massiven Verstößen gegen die Arbeitsschutz- und Arbeitszeitregelungen und weitere Arbeitnehmer*innenrechte ausgesetzt. Zuletzt gipfelten die seit Jahren als unzureichend kritisierten Zustände bei Hygiene und Arbeitsschutz in mehr als 700 Infektionsfällen mit dem Coronavirus. Mit diesen Zuständen müssen wir aufräumen, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wird dazu zügig seine Novelle des Arbeitsschutzgesetzes vorlegen. Diese soll folgende Punkte beinhalten:

Der Arbeitsschutz wird im Verhältnis zwischen Auftraggeber und Werkvertragsunternehmer gestärkt und besser kontrollierbar.

Künftig soll bei Epidemien noch schneller verbindlich reagiert und kurzfristig nötige Arbeitsschutz- und Hygienemaßnahmen

festgelegt werden können.

Außerdem sollen beim Schlachten und der Verarbeitung von Fleisch künftig nur noch Arbeitnehmer*innen des eigenen Betriebs für dieses „Kerngeschäft“ eingesetzt werden dürfen. Ab dem 1. Januar 2021 werden Werkvertragsgestaltungen und Arbeitnehmerüberlassung hier nicht mehr möglich sein.

Auch Unterbringungsbedingungen werden effektiv kontrolliert. Dafür werden Arbeitgeber einschließlich Werkvertragsunternehmen verpflichtet, die Unterkünfte der Beschäftigten den zuständigen Behörden zu melden.

Die unabhängige und umfassende Beratung in der eigenen Sprache wird dauerhaft finanziell und rechtlich abgesichert, es soll außerdem sichergestellt werden, dass die Mitarbeiter*innen des Projektes ausländische Arbeitnehmer*innen tatsächlich beraten und informieren können.

Digitale Arbeitszeiterfassung ist besser kontrollierbar und wird daher zur Pflicht. Auch der Bußgeldrahmen des Arbeitszeit-

**Neues aus dem Europäischen Parlament****Liebe Genossinnen und Genossen,**

während das Land langsam aus dem Tiefschlaf erwacht und wir uns an eine neue Normalität mit dem Corona-Virus gewöhnen, haben wir Sozialdemokrat*innen im Europäischen Parlament eine erste

Bestandsaufnahme der Krisenreaktion gemacht und als erste Fraktion eine Vision für eine Gesundheitsunion entwickelt.

Die Corona-Pandemie zeigt, dass die Europäische Union in Fragen der Gesundheitsvorsorge enger zusammenwachsen muss. Deswegen fordern wir europäische Mindeststandards im Gesundheitswesen, eine noch engere Zusammenarbeit in der Beschaffung von Arzneien und Medizinprodukten sowie die Ausweitung der Arzneimittel-Produktion innerhalb der Europäischen Union, um Engpässe zu vermeiden. Wir haben gesehen, wie knapp beispielsweise Schutzmasken oder Reagenzien in Laboren zu Beginn der Pandemie waren: Wenn wieder mehr in der EU produziert wird, erhöht sich die Versorgungssicherheit.

Ausführliche Informationen zu unserer Idee der Gesundheitsunion findet ihr auf meiner Homepage.

EUER TIEMO

gesetzes wird von 15.000 auf 30.000 Euro verdoppelt. Alle Beschäftigten der Fleischwirtschaft und Saison- oder entsandte Arbeitskräfte (auch sogenannte Praktikanten) müssen gegen Unfall- und Gesundheitsrisiken abgesichert sein.

HERZLICHE GRÜSSE
EUER RAINER SPIERING



Termine für OS-SozialdemokratInnen

Freitag, 5. Juni

AsF, 17 Uhr: Vorstandssitzung der AsF; Haus der Jugend, Mütterzentrum, Große Gildewart 6-9

Mittwoch, 10. Juni

OV NEUSTADT-WÜSTE, 18:30 Uhr: Digitale Vorstandssitzung.

Donnerstag, 11. Juni

OV VOXTRUP, 19:30 Uhr: Online Meeting über Zoom. Die Zugangsinformationen sind bei Bernd Mix erhältlich.

Dienstag, 16. Juni

OV ALTSTADT-WESTERBERG-INNENSTADT, 19 Uhr: Unter Vorbehalt der Corona-Auflagen: Besuch der jüdischen Gemeinde. Treffpunkt ist um 19 Uhr vor der Synagoge. Genoss*innen aus ganz Osnabrück sind herzlich willkommen! Anmeldungen bitte per Mail an Pascal: speicher.politics@gmx.de

OV EVERSBURG/NATRUPER TOR, 19 Uhr: Partei-öffentliche Vorstandssitzung, Hotel Kohlbrecher, Wersener Landstr. 2 (unter Vorbehalt der dann geltenden Corona-Regelungen)

OV SUTTHAUSEN, 19 Uhr: Freiluft-Mitglieder-versammlung des OV Sutthausen. Die Themen: Parteiarbeit in Coronazeiten, aktuelle Politik. Um Anmeldung wird gebeten, Tel. 597657; bei Jürgen Wilkewitz im Garten, Adolf- Staperfeld-Str. 67

Samstag, 20. Juni

OVS NEUSTADT-WÜSTE UND ALTSTADT-WESTERBERG-INNENSTADT, 18 Uhr: Gemeinsamer Spaziergang zum Austausch; Treffpunkt ist um 18 Uhr vor der Volkshochschule.

Weitere Mitteilungen:

Jusos: Treffen auf dem Discord-Server der Jusos: Jeden Mittwoch um 19 Uhr.

OV Neustadt-Wüste: „Unsere Parteiarbeit organisieren wir zur Zeit digital über Videokonferenzen bei WebEx. (Siehe oben, Termin am 10. Juni 2020.) Für die Zukunft planen wir auch ein digitales Meet&Greet.“

OV Altstadt-Westerberg-Innenstadt: „Nachdem auch die Präsenzsitzung für den Mai abgesagt wurde, traf man sich im Ortsverein am 19.05. digital. Per WebEx wurde sich zu Themen ausgetauscht, die spätestens

durch die aktuelle Zeit relevant werden: Wie können wir Genoss*innen und Bürger*innen, insbesondere Personen Ü60 Jahre, digital erreichen? Auf welchen analogen Wegen können wir nach den Kontaktbeschränkungen die Bürger*innen erreichen? In Zukunft sollen im Ortsvereinsgebiet Stadtteilbegehungen stattfinden. Zusammenfassend bedarf die Umstellung auf digitale Treffen einer Gewöhnungsphase. Dennoch wurde das digitale Treffen als eine gute Austauschmöglichkeit bewertet, der, wenn nicht anders möglich, weitere digitale Ortsvereins-Treffen folgen sollen.

Darüber hinaus hat der Ortsverein das Frauenhaus unter anderem bei der Einrichtung einer Quarantäne-Wohnung unterstützt. Auch die Tageswohnungen (SKM) wurden vom Ortsverein unterstützt. Sofern es von den Auflagen möglich sein wird, wird der Ortsverein am 16.06. um 19 Uhr die jüdische Gemeinde besuchen. Dabei treffen wir uns zu genannten Zeit vor der Synagoge. Genoss*innen aus ganz Osnabrück sind herzlich willkommen! Anmeldungen bitte per Mail an Pascal: speicher.politics@gmx.de. Am 20.06. soll ein gemeinsamer Spaziergang zum Austausch mit dem Ortsverein Neustadt-Wüste stattfinden. Zum Spazieren treffen wir uns um 18 Uhr vor der Volkshochschule.“



Kurz notiert aus Stadt und Land

SPD Eversburg begrüßt verkehrsberuhigende Maßnahmen an Birkenweg /Barenteich und Gluckstraße



Heiko Panzer

Gleich zwei lange diskutierte Maßnahmenpakete, die den Stadtteil Eversburg und direkt angrenzend den Westerberg betreffen, werden nun umgesetzt.

„In den Planungen für das Verkehrsberuhigungs- und Verkehrssicherungsprogramm 2020 finden sich wesentliche Maßnahmen aus der Bürgerbeteiligung wieder, die mit dem Beschluss im Stadtentwicklungsausschuss nun in die Umsetzung gehen“, berichtet Heiko Panzer, Ratsmitglied für die Eversburger SPD.

Im Rahmen der Umgestaltung der Straße Barenteich westlich der Einmündung Birkenweg werden Aufpflasterungen und im Verlauf des Birkenwegs Fahrbahneinengungen vorgenommen, die helfen sollen, das Falschparken zu unterbinden und die Geschwindigkeit zu reduzieren. Zur Stärkung der Radverkehrsachse am Barenteich soll eine weitere Sperrung für den PKW-Verkehr westlich der Einmündung Rubbenbruchweg erfolgen. Insgesamt werden hier ca. 150.000 Euro investiert.

Das Verkehrskonzept für den Westerberg

sieht nach der Entfernung der sogenannten Berliner Kissen Fahrbahneinengungen und großflächige Fahrbahnmarkierungen vor. Die Einmündungsbereiche der Querstraßen werden jeweils mit einem Schachbrettmuster versehen, um die Aufmerksamkeit der Autofahrer in diesem Bereich zu erhöhen und die Geschwindigkeit zu senken. Dies gilt auch für die Umgestaltung des Einmündungsbereiches Gluckstraße/Sedanstraße: hier soll mittels Leitschwellen der Fahrbahnbereich enger gefasst werden, um eine Geschwindigkeitsreduzierung zu erreichen und die Querbarkeit für Fußgänger zu verbessern. Darüber hinaus soll auch dieser Bereich eine Markierung in Form eines Schachbrettmusters bekommen.

Der Bau von Fahrbahneinengungen mit Fertigelementen soll im nördlichen Bereich der Gluckstraße erfolgen. Diese werden in einem Abstand von 1,50 m zur Bordsteinkante angeordnet, so dass Fahrradfahrer diese ohne Probleme passieren können.

„Die Bauarbeiten erfolgen im Laufe des Jahres parallel zu den Bauarbeiten an der Rheiner Landstraße und können zu Beeinträchtigungen führen. Allerdings sind wir es den Anwohnern schuldig, hier zügig zu handeln!“ so Heiko Panzer abschließend.

Gesunde Geschäftsstelle (Teil 13)

Die Mitarbeiter*innen der SPD-Geschäftsstellen in Meppen und Osnabrück kommen überwiegend mit den Fahrrad zur Arbeit.

Antrieb ist hierbei die gesunde Fortbewegung und zurzeit auch das Meiden des ÖPNV. Die längste Strecke legt Carsten Primke, Geschäftsstellenleiter in Meppen, zurück: Er fährt täglich 25 Kilometer von Lingen (Ems) aus in die Kreisstadt und zurück.



Mit dem Rad zur SPD-Geschäftsstelle.

SPD: VON BAURICHTLINIE AUS DER ZEITUNG ERFAHREN**„Politik wurde mal wieder nicht informiert!“**

„Die Aussage des ehemaligen Vorsitzenden des Kleingärtnervereins Osnabrück-West, die Politik mache eine Kehrtwende, ist schlichtweg falsch. Wir haben von dieser Richtlinie erst mit der Berichterstattung der NOZ erfahren. Diese Richtlinie wurde ohne Beteiligung der Ratsgremien von der Verwaltung erlassen. Dies ist bereits der zweite Sachverhalt nach dem ‚Muezzin-Ruf‘ innerhalb weniger Tage, bei dem erneut der Oberbürgermeister die Politik nicht informierte“, äußern sich Frank Henning, SPD-Fraktionsvorsitzender, und Kerstin Lampert-Hodgson, familienpolitische Sprecherin der SPD, empört.



Von der Baurichtlinie für die Kleingartenvereine erfuhr die SPD-Fraktion erst aus der Zeitung.

OB lässt die Politik außen vor

„Die Informationspolitik des Oberbürgermeisters lässt viel zu wünschen übrig. Wir fragen uns, was noch alles im Verborgenen behandelt wurde oder wird, bei dem der OB die Politik einfach außen vorlässt? Der

Oberbürgermeister trägt die Gesamtverantwortung für die Verwaltung und damit auch für die Information und die Beteiligung des Rates mit seinen Ausschüssen.

Darüber hinaus: Sich mit dem Hinweis, man habe nur ‚wenige Mitwirkungsmöglichkeiten‘, aus der Affäre ziehen zu wollen, stößt bei uns nur auf Unverständnis. Die Verwaltung hat die Baurichtlinie unterzeichnet und damit genehmigt“, so Henning und Lampert-Hodgson.

SPD gegen Einschränkungen für Kinder in Kleingärten

„Die Alltagsgestaltung für Familien mit Kindern ist eigentlich immer eine Herausforderung. Sollen unsere Kleinsten nicht immer zu Hause vor dem Bildschirm ‚geparkt‘ werden, sind Spaziergänge, Spielplatzbesuche oder Ähnliches immer eine sehr willkommene Abwechslung. In den aktuellen Corona-Zeiten ist dies jedoch nur eingeschränkt bzw. gar nicht möglich. Die SPD-Fraktion reagiert daher mit Unverständnis und Kopfschütteln auf eine Regelung der Osnabrücker Stadtverwaltung, die seit Mitte März die Nutzung von Trampolinen in Kleingärten untersagt“, erläutern Frank Henning, SPD-Fraktionsvorsitzender, und Kerstin Lampert-Hodgson, familienpolitische Sprecherin der SPD im Osnabrücker Rat.

„Gerade Familien, die kein eigenes Haus mit Grundstück haben, wird es durch diese Regelung verwehrt, ihren Kindern in Zeiten von Kontaktsperren, Kitaschließungen und



Kerstin Lampert-Hodgson und Frank Henning
(Fotos: Timm Schaer)

Spielplatzsperrungen eine willkommene Abwechslung zum Toben und Auspowern zu bieten. Der Lagerkoller der Kinder wird damit doch nur unnötig vergrößert“, so Henning und Lampert-Hodgson weiter.

Verständnis und Solidarität zeigen

„Erschreckend finden wir aber auch, dass offensichtlich andere Kleingärtnerinnen oder Kleingärtner die Regelung zum Anlass nehmen und eigene Parzellengenossinnen und -genossen an den Pranger stellen. In diesen momentan nicht einfachen Zeiten ist es aus unserer Sicht doch eher angebracht, dass man zusammenhält, sich gegenseitig unterstützt und Verständnis und Solidarität entwickelt. Das Pochen auf diese kleinliche Regel ist daher mehr als fragwürdig. Noch fragwürdiger ist es aber, warum der Bezirksvorstand der Kleingärtner eine solche Baurichtlinie überhaupt initiiert hat“, so Henning und Lampert-Hodgson abschließend.

SPD-FRAKTION GEHT MIT VORSCHLÄGEN VORAN**„Sicher mit dem ÖPNV unterwegs“**

„Die Stadtwerke haben angekündigt, zunächst im Schülerverkehr auf die wieder ansteigenden Bedürfnisse zu reagieren und nach und nach mehr Fahrzeuge einzusetzen. Der SPD-Fraktion ist es dabei wichtig, dass auch zu Zeiten einer Pandemie der ÖPNV ein sicheres Verkehrsmittel ist“, werden Frank Henning, Chef der Rats-SPD, und Heiko Panzer, verkehrspolitischer Sprecher der SPD, in einer gemeinsamen Pressemitteilung zitiert.

„Wir sind den Stadtwerken dankbar, dass sie bereits im Vorfeld reagiert haben und zum Beispiel ihren Abo-Kunden Gesichtsmasken zum Selberbau zur Verfügung gestellt haben. Auch beim Schutz des Fahrpersonals hatten die SWO schnell reagiert, den Verkauf von Fahrscheinen im Bus eingestellt und die Fahrerinnen und Fahrer von den Buskunden abgetrennt, auch wenn dies für manche Kunden einen Nachteil bedeutete. Vergleichbare Maßnahmen wünschen wir uns nun bei der Wiederaufnahme des

Fahrbetriebes auch. Maximal ausgelastete Busse und das für den Schülerverkehr übliche Gedränge zu Hauptfahrzeiten darf es in unseren Augen nicht geben!“, so Heiko Panzer weiter.

„Wenn es zukünftig möglich sein soll, die Hygieneregeln und den Abstand zu wahren, müssen mehr Busse als üblich im Schülerverkehr eingesetzt werden. Vermutlich kann nur jeder zweite Sitzplatz freigegeben werden und Sitzreihen müssen durch den Einbau von Plexiglas als Schutzbarriere voneinander getrennt werden“, führt Henning weiter aus.

„Die Corona-Pandemie fordert uns alle heraus, für gewohnte und selbstverständliche Situationen neue, clevere Lösungen zu finden. Wir wünschen uns, dass der ÖPNV der Zukunft auch solche Lösungen findet, die zu einer neuen Normalität führen und den ÖPNV weiter zu einem sicheren Verkehrsmittel machen“, schließen die beiden SPD-Politiker ab.

Kontakt zur SPD-Ratsfraktion?

RUFT UNS AN unter Tel. 0541 / 323 44 48 oder 0541 / 323 30 60

MAIL UNS: schlicke@osnabrueck.de

BESUCHT UNSER FRAKTIONS-INTERNET-ANGEBOT
AUF www.spdfraktion-osnabrueck.de

SCHICKT UNS EIN FAX AN 0541 / 2 70 09

SCHREIBT UNS AN DIE ADRESSE:
Rathaus, 49074 Osnabrück

ODER GUCKT MAL PERSÖNLICH VORBEI
im Rathaus, (natürlich) Zimmer 1

Bürgerforen in Osnabrück

Hinweis: Die Bürgerforen finden zurzeit wegen der Corona-Krise nicht statt. Aktuell sind bis zu den Sommerferien sämtliche Bürgerforen abgesagt.